

Was steht Südtirol unter einer Regierung Meloni bevor?

Bild: via wikipedia.org, Hermann Tertsch y Victor Gonzalez, [CC0](#), [Link](#), Bearbeitung: SID-Redaktion

Am 25. September 2022 ging eine von der italienischen Politikerin Giorgia Meloni und ihrer Partei „Fratelli d’Italia“ angeführte nationalistische Parteien-Allianz („Fratelli d’Italia“, „Lega“, Forza Italia“ und „Noi Moderati“) mit 43,9 % der Stimmen für die Abgeordnetenversammlung (112 Sitze von 200 Sitzen) und 44 % der Stimmen für den Senat (235 Sitze von 400 Sitzen) als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor.

Das Bündnis konnte diesen Erfolg einfahren, weil es berechnete Forderungen der Bürger wie Eindämmung der Zuwanderung aus dem orientalischen und afrikanischen Raum vertreten und Italiens christliche Wurzeln gepriesen hatte.

Giorgia Meloni wird also demnächst als Premierministerin Italiens eine mit Gesinnungsgenossen bestückte Regierung bilden.

Für Südtirol bedeutet dieser Wahlsieg jedoch kaum Gutes – und dies liegt in der Persönlichkeit der Frau Meloni begründet.

Der Werdegang der Frau Giorgia Meloni

Sie wuchs als Tochter einer Sizilianerin und eines Sarden in Rom auf und trat im Alter von 15 Jahren der „Fronte della Gioventù“ („Jugendfront“) bei, der Jugendorganisation des **neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI)**. Später betätigte sie sich in der **„Alleanza Nazionale“ (AN)**, einer Nachfolgepartei des neofaschistischen MSI. 2006 wurde sie auf der Liste dieser Partei in die Abgeordnetenversammlung in Rom

gewählt.



Im MSI war es üblich, mit dem von Benito Mussolini erfundenen „saluto romano“ zu grüßen. Der Chef der „Alleanza Nazionale“ (AN), Gianfranco Fini, warb sogar auf Wahlplakaten trotz gesetzlichen Verbotes mit dem faschistischen Gruß. Giorgia Meloni grüßte vorsichtshalber mit der linken Hand.

Im Dezember 2012 gründete Meloni zusammen mit dem ebenfalls aus der neofaschistischen Bewegung MSI kommenden [Ignazio La Russa](#) die **Partei „Fratelli d’Italia“** („Brüder Italiens“). Im März 2014 wurde sie zur Vorsitzenden gewählt. Ihr Partner La Russa sollte 2020 dann übrigens vorschlagen, den faschistischen Gruß „saluto romano“ wieder öffentlich zu erlauben. („Dolomiten“ vom 30. September 2022)

Politische Positionierungen der Frau Meloni

Nach der Wahl tauchte im Internet ein Video über ein Interview auf, welches Meloni einem französischen Fernsehsender gegeben hatte. In diesem Video konnte man Folgendes von ihr hören:

„Ich denke, dass Mussolini ein guter Politiker war. Alles, was er gemacht hat, hat er für Italien gemacht. Es gab keine anderen Politiker wie ihn in den letzten 50 Jahren.“



Autonomie – „im Gesamtspektrum der nationalen Einheit“

Am 21. September 2022 veröffentlichten „Dolomiten“ eine Stellungnahme, die Giorgia Meloni der Tageszeitung hatte zukommen lassen. In Bezug auf die Autonomie gab sie unverbindliche Sprechblasen von sich wie: **„Starke Autonomie in einem starken Staat“**.

„Starke Autonomie in einem starken Staat“

WAHLEN: Giorgia Meloni, Spitzenkandidatin von „Fratelli d'Italia“, legt in einem Schreiben an die „Dolomiten“ ihre Ziele und Einstellungen auch zu Südtirol dar

„Die Autonomie hat den Vorteil, ein ganzes Gebiet aufzuwerten und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung zu bewirken, doch sie muss ins Gesamtspektrum der nationalen Einheit eingegliedert sein.“

Giorgia Meloni

Aus „Dolomiten“ vom 21. September 2022.

Die Autonomie dürfe nicht nur für muttersprachliche Gruppen gelten, sondern „*sie hat den Vorteil, ein ganzes Gebiet aufzuwerten.*“

Die Autonomie müsse „*im Gesamtspektrum der nationalen Einheit*“ stehen. Sie brauche übrigens „*innerhalb eines staatlichen Gefüges nicht geschützt zu werden, weil niemand sie angreift.*“

Es gebe allerdings „*Bereiche von strategischem nationalen Interesse ... bei denen es angebracht ist, der Zentralregierung die Führung zu überlassen und die Regionen mit anderen Aufgaben zu betreuen.*“

Politische Beobachter befürchten, dass sich hinter dem ganzen Geschwafel die Absicht verbirgt, die derzeitige Autonomie mit ihren Schutzbestimmungen für die Volksgruppen in eine „Territorial-Autonomie“ für die „Region Trentino-Alto Adige“ umzuwandeln, in welcher die Südtiroler wieder wie einst einer italienischen Mehrheit ausgeliefert wären.

Unbotmäßige Südtiroler über den Brenner nach Österreich schicken

Wie die Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseaussendung mitteilte, werde nun eine Frau Ministerpräsidentin, „*die jene Südtiroler, die sich nicht zu Italien bekennen wollen, über den Brenner schicken will.*“ (Meldung in „Unser Tirol.com“ vom 26. September 2022)

Eine Strafanzeige gegen Meloni

POLITIK | SÜDTIROL

von hz 22.08.2022 12:00 Uhr

„Süd-Tiroler Freiheit“ zeigt Giorgia Meloni an

Am Montagvormittag hat die „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) in Bozen zu einer Pressekonferenz eingeladen. Sie wird gemeinsam mit der FPÖ-Landtagskandidatin Gudrun Kofer eine Anzeige gegen die Vorsitzende von Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, bei der Bozner Staatsanwaltschaft hinterlegen.



Am 22. August 2022 berichtete das Internetportal „Unser Tirol.com“ mit, dass die Landtagspartei **„Süd-Tiroler Freiheit“ (STF)** und die aus Südtirol stammende **FPÖ-Landtagskandidatin**

Gudrun Kofler (die in der Folge in den Nordtiroler Landtag gewählt wurde) gemeinsam **„eine Anzeige gegen die Vorsitzende von Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, bei der Bozner Staatsanwaltschaft hinterlegen.**

Die Videos von Giorgia Meloni, in denen diese den faschistischen Diktator Benito Mussolini als guten Politiker bezeichnet und die Südtiroler über den Brenner verjagen möchte, wenn sie sich nicht als Italiener fühlen wollen, sind eine ‚ungeheuerliche Entgleisung‘ und dies ist der Beweggrund für die Anzeige gegen Meloni, teilen die STF und Kofler mit.“

Ein „Offener Brief“: Warnung vor einer „Wölfin im Schafspelz“

Warnung vor Giorgia Meloni ¶

¶

Mit einem offenen Brief wenden sich politische Persönlichkeiten aus Südtirol und Österreich an die Vertreter der österreichischen Bundesregierung, an die Bundespräsidenten-Kandidaten sowie an die österreichischen Medien. Sie warnen vor dem viel zu leichtfertigen Umgang mit Giorgia Meloni, die nach den italienischen Parlamentswahlen am 25. September neue italienische Ministerpräsidentin werden könnte. ¶



Bericht in dem Internetportal „[Unser Tirol.com](https://www.unser-tirol.com)“

Am 16. September 2022 sandten die **ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz** (Tochter des Freiheitskämpfers Georg Klotz), **ihre Nichte und FPÖ-Landtagskandidatin Gudrun Kofler**, die **Landtagsabgeordneten Sven Knoll und Miriam Atz-Tammerle**, der **Obmann des Südtiroler**

Heimatbunds (SHB) Roland Lang und der ehemalige **FPÖ-Südtirol-Sprecher Werner Neubauer** einen „Offenen Brief“ an wichtige politische Persönlichkeiten aus.



Von links nach rechts: Dr. Eva Klotz, Gudrun Kofler, Roland Lang



Von links nach rechts: Miriam Atz-Tammerle, Sven Knoll und Werner Neubauer (Mitglied einer Südtiroler Schützenkompanie).

Nachstehend die wesentliche Passagen des „offenen Briefes“:



Landtagsabgeordneter

Sven Knoll.

Süd-Tiroler Landtag.
39100 Bozen - Tirol.

Offener Brief:

Warnung vor Giorgia Meloni:

Faschistische Wölfin im Schafspelz.

Mit einem offenem Brief wenden sich politische Persönlichkeiten aus Süd-Tirol und Österreich an die Vertreter der österreichischen Bundesregierung, an die Bundespräsidenten-Kandidaten sowie an die österreichischen Medien, um vor dem viel zu leichtfertigen Umgang mit Giorgia Meloni zu warnen, die nach den italienischen Parlamentswahlen am 25. September neue italienische Ministerpräsidentin werden könnte.

„Ich denke, dass Mussolini ein guter Politiker war. Alles, was er gemacht hat, hat er für Italien gemacht. Es gab keine anderen Politiker wie ihn in den letzten 50 Jahren.“ Diese Aussage von Giorgia Meloni sagt eigentlich schon alles über ihre politische Gesinnung aus und läßt gerade in Süd-Tirol große Besorgnis aufkommen, denn auch in Bezug auf die Minderheitenrechte der Süd-Tiroler hat Giorgia Meloni unmissverständliche Worte gefunden: „Wenn sich die Süd-Tiroler nicht als Italiener fühlen wollen, sollen sie nach Österreich auswandern, wenn ihnen die italienische Trikolore nicht passt, dann brauchen sie auch nicht die Milliarden an Euro, mit denen der italienische Staat die Autonomie finanziert“.

Melonis Parteigenossen machen jetzt schon deutlich, welche Politik Süd-Tirol erwartet, wenn diese Frau erst einmal an der Macht ist. So wurde unter anderem ein Berufsverbot für rein deutschsprachige Ärzte gefordert sowie eine verpflichtende Verwendung der faschistischen Ortsnamen für Süd-Tiroler Firmen. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bozen hat Meloni auch selbst noch mal klar zur Sprache gebracht, wohin die Reise mit ihr gehen soll. Demnach sei die ethnische Autonomie zum Schutze der deutsch- und ladinischsprachigen Süd-Tiroler nicht akzeptabel und müsse durch eine „Autonomie für alle“, also eine Territorialautonomie ersetzt werden. Damit würde das Prinzip des Minderheitenschutzes einfach ausgehebelt und zudem die von den Faschisten verhasste Schutzfunktion Österreichs für Süd-Tirol abgeschafft. Ziel dieser Politik ist es, Süd-Tirol zu einer rein inneritalienischen Angelegenheit zu machen.

Wenn in Italien nun eine bekennende Mussolini-Verehrerin und Süd-Tirol-Hasserin an die Macht kommen sollte, dann würde sich dies wohl auch auf Österreichs Süd-Tirol-Politik auswirken und darf daher nicht einfach ignoriert oder gar schöngeschrieben werden!

Auch an die Verantwortung der EU-Institutionen zum Minderheitenschutz muss appelliert werden, denn während Österreich wegen wesentlich weniger politischer Ereignisse mit Sanktionen belegt wurde, besteht zu Giorgia Meloni aus Brüssel bisher nur Schweigen.

L.-Abg. a.D. **Eva Klotz.**

FPÖ-Tirol Landtagskandidatin **Gudrun Kofler.**

L.-Abg. **Myriam Atz-Tammerle.**

Obmann des Süd-Tiroler Heimatbundes **Roland Lang.**

L.-Abg. **Sven Knoll.**

Süd-Tirol-Sprecher der FPÖ a.D. **Werner Neubauer.**

Eine seltsame und eigenmächtige Gratulation

Während die Aussicht darauf, es in Bälde es mit einer Frau Meloni als Ministerpräsidentin zu tun zu haben, in Südtirol auf keine Begeisterung stieß und ganz im Gegenteil Befürchtungen und Ängste für die Zukunft geäußert und auch in den Medien publiziert wurden, kam aus Brüssel eine seltsame Botschaft.

Der **FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky**, von dem man sonst die ganzen Jahre lang nur wenig hörte, sah sich plötzlich veranlasst, per „Originaltext Service“ nachstehende Gratulation der Frau Meloni und der Öffentlichkeit zu übergeben:

FPÖ – Vilimsky gratuliert Mitte-Rechts-Bündnis zum großartigen Wahlsieg in Italien

Klare Absage an Brüsseler Zentralismus und starkes Zeichen für Europa der Vaterländer

Wien (OTS) - Bei den gestrigen Parlamentswahlen in Italien konnte das Mitte-Rechts-Bündnis um Giorgia Meloni, Matteo Salvini und Silvio Berlusconi einen klaren Wahlsieg einfahren. Der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament, Harald Vilimsky, zeigte sich darüber sehr erfreut und richtete herzliche Glückwünsche aus. „Der gestrige Tag war nicht nur ein guter Tag für Italien, sondern auch für Europa. Die Italiener haben dem EU-Establishment rund um Kommissionspräsidentin von der Leyen, das über die Köpfe der Bürger hinweg die Zentralisierung der Union in Richtung ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ vorantreibt, eine klare Absage erteilt und ein starkes Zeichen für ein Europa der Völker und Vaterländer gesetzt“, so Vilimsky. Wie wichtig dies sei, habe bereits die Drohung der Kommissionspräsidentin mit „Instrumenten“, falls die neue italienische Regierung keine Politik nach ihrem und dem Belieben der Brüsseler Eurozentristen mache, noch vor dem Wahltag gezeigt: „Wer im jeweiligen souveränen Mitgliedsstaat Verantwortung trägt, bestimmen die Bürger frei nach ihrem politischen Willen und nicht die abgehobenen von der Leyens und Co.“

Der Sieg der patriotischen Allianz stelle auch sicher, dass die neue italienische Regierung entschieden gegen die illegale Masseneinwanderung nach Europa vorgehe und stelle so auch für die FPÖ einen wichtigen Partner dar. „Umso mehr von patriotischen Kräften geführte Regierungen es gibt, desto eher können die gravierenden Probleme unserer Zeit, von der Massenmigration über den Erhalt unserer Souveränität und Identität bis hin zur Sicherung des Wohlstands, angegangen werden. Linke und EU-hörige Regierungen sind von vorgestern, immer mehr Menschen sehen in heimat- und identitätsbewussten politischen Kräften die Zukunft – auch in Österreich!“, erklärte der freiheitliche Delegationsleiter Harald Vilimsky.

Rückfragen & Kontakt:

Freiheitlicher Parlamentsklub

01/ 40 110 - 7012

presse-parlamentsklub@fpoe.at

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>

<http://www.fpoe.at>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS | FPK0001

Wie aus Wien verlautet, war diese Erklärung mit der Parteispitze in Wien nicht abgestimmt, sondern wurde eigenmächtig abgegeben.

Vor allem die Erklärung Vilimsky's, dass die italienische „patriotische Allianz“ einen „wichtigen Partner“ darstelle, stößt in der FPÖ auf Widerspruch, denn der **FPÖ-Bundesparteitag von 2009** hatte eindeutig und klar Folgendes beschlossen:

„Der Bundesparteitag stellt fest, dass eine Zusammenarbeit jedwelcher Art der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und ihrer Mandatäre im internationalen und damit auch im europäischen Rahmen nur mit demokratischen Parteien, Vereinigungen und Personen geben kann, welche das bestehende Autonomiestatut der Südtiroler unangetastet respektieren und die sich zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bekennen und in diesem Rahmen auch das Recht der Südtiroler anerkennen, jederzeit frei über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden zu dürfen.“

Und in Punkt 9 des 2011 beschlossenen **FPÖ-Parteiprogrammes** heißt es ganz klar:

„Österreich ist Anwalt der deutschen und ladinischen Südtiroler und vertritt die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie. Wir streben die Einheit Tirols an und bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände.“

Widerspruch aus Südtirol gegen „Einzelmeinungen“

In Südtirol wurde rasch erkannt, dass die Äußerungen Vilimsky's nicht die offizielle Position der FPÖ bezeichneten. Die FPÖ war seit Jahrzehnten immer als Wächter über die Interessen Südtirols tätig gewesen und vor allem der **FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Südtirol-Sprecher Werner Neubauer** hatte immer wieder die Bundesregierung in Wien in die Schutzmacht-Pflicht genommen, wenn Südtiroler Rechte durch Rom verletzt wurden.

Der **Landtagsabgeordnete Sven Knoll (STF)** erklärte am 30. September in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“, dass solche „Jubelgesänge“ wie jener des EU-Abg. Vilimsky deplatziert

seien. Es handle sich aber um Einzelmeinungen. Er erlebe das auch bei Vertretern anderer Parteien, „*dass sie nichts über die Alltagspolitik in Südtirol wissen.*“